

Senat kippt die geplante Steuer auf Schusswaffen Künftig soll Kontrollgebühr von maximal 150 Euro erhoben werden

Von Michael Brandt Bremen.

Die Waffensteuer ist gescheitert. Stattdessen will die Stadt künftig Gebühren von 120 bis 150 Euro je Kontrolle erheben. Zunächst hatte der SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe vorgeschlagen, eine Steuer von möglicherweise 300 Euro je Schusswaffe zu erheben. Dagegen hatte es von Sportschützen und Jägern heftige Proteste gegeben.

Der Senat hat gestern einen zweiseitigen Bericht verabschiedet und an die Bürgerschaft weitergeleitet. Darin wird begründet, warum das Kabinett eine Steuer auf Schusswaffen für nicht praktikabel hält: Wahrscheinlich würden Aufwand und fiskalischer Nutzen demnach in keinem günstigen Verhältnis stehen. Die Stadt Stuttgart, schreibt der Senat, hat die Einführung einer Waffensteuer bereits geprüft und ist gleichfalls zu diesem Ergebnis gekommen. Zweitens sieht der Senat bei einer Waffensteuer ein "erhebliches Prozessrisiko".

Als Alternative spricht sich der Senat für eine Kontrollgebühr aus. Diese Praxis gelte bereits in Brandenburg und in Teilen Baden-Württembergs. In den Unterlagen, die gestern von den Senatoren beraten worden sind, heißt es für Bremen: "Seit 2009 sind bei 3370 Waffenbesitzern bereits Kontrollen durchgeführt worden. Dabei sind in über 2900 Fällen Verstöße festgestellt worden. In über 800 Fällen mussten Waffen sichergestellt werden oder sind freiwillig abgegeben worden." Das Innenressort erarbeitet laut Senat gerade eine genaue Gebührenverordnung.

Obwohl die SPD zunächst ein anderes Modell favorisiert hat, begrüßt Björn Tschöpe die Entscheidung: "Die Amokläufe von Winnenden und Erfurt wären nicht möglich gewesen, wenn großkalibrige Waffen im Privatbesitz verboten oder die Waffen den Vorschriften entsprechend aufbewahrt worden wären." Tschöpe kündigt an, dass die SPD die Frage prüfen werde, "ob die geltenden Sanktionen, die im Falle eines Verstoßes gegen die Aufbewahrungsvorschriften greifen, ausreichend sind." Matthias Güldner (Grüne) erklärte: "Der Senat hat eine rechtssichere Lösung aufgezeigt. Eine Waffenkontrollgebühr entfaltet eine deutlich bessere Lenkungswirkung. Schließlich geht es vor allem darum, den Missbrauch von legalen Waffen möglichst zu verhindern."

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 7 Datum: 21.03.2012